

II- 11510 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5727/J

1990-06-13

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Mag. Haupt, Dr. Dillersberger
an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst
betreffend Prozeßkosten der Verfahren im Zusammenhang mit der
ARGE-Kostenrechnung

Gemäß der einstimmigen EntschlieÙung des Nationalrates vom
25.2.1981 führt die Republik Österreich im Zusammenhang mit
den zwischen dem Gesundheitsministerium und der ARGE-
Kostenrechnung geschlossenen Verträgen mehrere Prozesse,
deren Gesamtstreitwert 50 Millionen Schilling bei weitem
übersteigt. Nachdem diese Verfahren nach wie vor laufen,
stellt sich die Frage, ob im Sinne einer sparsamen und
zweckmäßigen Verwaltung das Fortführen dieser Prozesse
sinnvoll ist. Angeblich wurde den Klagevertretern der
Republik Österreich bereits von den Richtern empfohlen, die
Prozesse wegen Aussichtslosigkeit zu beenden.

Das Bundesministerium für Gesundheit und öffentlichen Dienst
informiert den Rechnungshof laufend über den Verfahrensstand,
der im Tätigkeitsbericht auch abgedruckt wird. Offen bleibt
da jedoch die Frage der für die Republik Österreich bereits
entstandenen Prozeßkosten.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Ab-
geordneten an den Bundesminister für Gesundheit und öf-
fentlichen Dienst die nachstehende

A n f r a g e :

1. Welche Höhe haben die in den Prozessen rund um die ARGE-
Kostenrechnung entstandenen Prozeßkosten für die Republik
Österreich bisher erreicht?

2. Als wie wahrscheinlich ist ein Prozeßgewinn derzeit anzusehen?
3. Halten die Klagevertreter die Republik Österreich eine Fortführung der anhängigen Verfahren für ökonomisch vertretbar?